Quelle: FOCUS-MONEY 45/2015 vom 28. Oktober 2015, Seite 16-17, Interview

„Der größte Fehler der vergangenen Jahrzehnte"

Steuer- und Rentenexperte Prof. Bernd Raffelhüschen hält die Mehrheit der Flüchtlinge für nur schwer in den Arbeitsmarkt integrierbar. Zuwanderung in die Sozialsysteme und massive Steuererhöhungen zur Finanzierung der Flüchtlingskrise sind unvermeidbar

FOCUS-MONEY: Herr Professor Raffelhüschen, Sie rechnen mit massiven Steuererhöhungen, die zur Bewältigung der Flüchtlingskrise nötig sein werden. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sie dagegen „definitiv" ausgeschlossen. Verfügen Sie über Erkenntnisse, die der Bundeskanzlerin fehlen, oder wie erklären Sie sich die Diskrepanz?

Bernd Raffelhüschen: Ich verfüge nicht über weitere Erkenntnisse, ich weiß nur eines: Wir sind konjunkturell in einer sehr komfortablen Lage, eigentlich in der besten aller möglichen Welten. Und sicher ist: Das wird nicht immer weiter so bleiben.

MONEY: Ökonomen-Kollegen wie Marcel Fratzscher vom DIW pflichten der Kanzlerin bei: Aus den Überschüssen, die der Staat erwirtschafte, könnten die Mehrausgaben problemlos bezahlt werden.

Raffelhüschen: Das ist für den Moment richtig. Kurzfristig haben wir einen kleinen Konjunkturboom durch die Flüchtlingskrise. Weil der Staat Geld in die Hand nimmt, wird die Bauwirtschaft angekurbelt, werden Arbeitskräfte wie zum Beispiel Erzieher und Lehrer gebraucht.

MONEY: Also hat die Kanzlerin Recht?

Raffelhüschen: Sehr kurzfristig ja. Das kostet aber auch Geld. Und wir können uns das nur leisten, weil wir momentan sowohl absolut wie relativ die höchsten Steuereinnahmen der bundesdeutschen Geschichte haben – eine historische Ausnahmesituation. Bereits bei durchschnittlichen Steuereinnahmen wären die Kosten für die Flüchtlinge schon nicht mehr zu finanzieren.

MONEY: Wie schätzen Sie die mittel- und langfristigen Auswirkungen des Flüchtlingszustroms ein?

Raffelhüschen: Auch da bin ich pessimistisch. Ich glaube nicht an die Mär von Zigtausenden syrischen Ärzten und Ingenieuren, die unseren Fachkräftemangel beheben. Andererseits muss man klar sagen: Deutschland ist seit 150 Jahren Einwanderungsland – übrigens das einzige ohne Regeln. Das ist der größte Fehler der vergangenen Jahrzehnte.

MONEY: ... der nun größere Folgen als früher haben wird?

Raffelhüschen: Die entscheidende Frage ist: Werden die Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt integriert oder mehr in die sozialen Sicherungssysteme?

MONEY: Haben Sie darauf schon eine Antwort?

Raffelhüschen: Von deren Qualifikation her spricht alles für eine Einwanderung in die sozialen Sicherungssysteme. Ob sie mittel- und langfristig in die Sozial- und Rentenkassen einzahlen werden, ist noch fraglich.

MONEY: Es kommen doch vor allem junge Männer ...

Raffelhüschen: 70 Prozent der bis zu 1,5 Millionen Flüchtlinge sind unqualifiziert, etwa ein Viertel sogar Analphabeten. Zudem: Ein 35-Jähriger, der fünf Jahre lang qualifiziert werden muss, der mit 40 Jahren in den Arbeitsmarkt kommt, kann niemals 45 Jahre lang Beiträge zahlen, um eine auskömmliche Rente zu erhalten.

MONEY: Die Zuwanderer belasten also das Rentensystem?

Raffelhüschen: Langfristig ja. Denn wir haben ja langfristige Kosten der Grundsicherung im Alter, die wir finanzieren müssen. Angesichts dessen sage ich Ihnen: Altersarmut wird in Zukunft an der Hautfarbe zu erkennen sein.

MONEY: Düstere Aussichten! Wie ist es mittelfristig?

Raffelhüschen: Da kommt es entscheidend darauf an, ob wir es schaffen, sie auszubilden und in Jobs zu bringen. Manches läuft gut an, aber ich habe Schwierigkeiten, mir vorzustellen, wie etwa Roma und Sinti in Deutschland mittelfristig in den Arbeitsmarkt integriert werden.

MONEY: Aber gerade diese Gruppe kommt aus dem Balkan, erhält kaum Asyl und muss wieder zurück.

Raffelhüschen: Es gibt drei Hauptströme: der eine vom Balkan mit den Roma und Sinti, die eigentlich fast alle wieder gehen müssten, da höchstens vier Prozent anerkannt werden. Nur: Am Ende bleiben 95 Prozent da und werden zu einer finanziellen Last bei uns.

MONEY: Woher kommen die übrigen Flüchtlinge?

Raffelhüschen: Ein gutes Drittel kommt aus Schwarzafrika. Sie sind zumeist sehr jung, aber die Bildung ist nicht besonders hoch. Auch hier müssen wir nachbessern, bevor wir sie in den Arbeitsmarkt integrieren können. Schließlich kommt noch ein gutes Drittel aus türkischen Flüchtlingslagern oder dem Irak oder Afghanistan. Da sind manche gebildet und qualifiziert für unsere Arbeitsmärkte.

MONEY: Aber auch die Iraker in Deutschland waren 2013 laut der Bundesagentur für Arbeit zu 46 Prozent arbeitslos, Afghanen zu 37,5 Prozent.

Raffelhüschen: Umso dramatischer dürften daher die Arbeitslosenzahlen für die schlechter Qualifizierten aus anderen Ländern ausfallen.

MONEY: Womit wir wieder bei der Erhöhung von Steuern und Abgaben sind, die zur Bewältigung der anfallenden Kosten unvermeidlich erscheinen. Wären denn da angesichts niedriger Zinsen nicht neue Schulden statt neuer Steuern eine elegantere Alternative?

Raffelhüschen: Schulden können Sie immer machen. Aber das sind ja nicht Ausgaben, die einmal anfallen und dann

> „Unsere Willkommenskultur ist grenzenlos naiv. Wir müssen uns aussuchen, wen wir brauchen!"

schnell zurückgezahlt sind. Damit würden wir Fehler zu Lasten unserer Kinder machen, die dafür zahlen müssten.

MONEY: Haben Sie mal errechnet, welche Erhöhungen auf Grund steigender Kosten drohen?

Raffelhüschen: Ja, wir haben einige Studien dazu erstellt, zuletzt 2008 für die Stiftung Marktwirtschaft. Demnach erhöhen 100 000 Zuwanderer mit einer schlechteren Qualifikation als der bei uns vorhandenen die Steuer- und Abgabenlast um insgesamt 0,3 Prozent – wenn sie sich nicht so gut wie in der Vergangenheit integrieren.

MONEY: Bei 1,5 Millionen Flüchtlingen in einem Jahr wäre also eine Erhöhung der Staatseinnahmen um 4,5 Prozent nötig (s. Kasten Beispielrechnung unten). Aber lassen sich die Zahlen eigentlich so übertragen, wenn diejenigen, die kommen, tendenziell schlechter zu integrieren sind?

Raffelhüschen: Wir arbeiten gerade für die Stiftung Marktwirtschaft daran und wollen das Ergebnis noch im November präsentieren. Aber die angesprochene Ausgangslage ist natürlich nicht ermutigend.

MONEY: Was sollten wir künftig besser machen?

Raffelhüschen: Wir müssen uns aussuchen, wen wir brauchen! Von denen können wir gar nicht genug haben – egal, welcher Hautfarbe sie sind. Von denen, die wir nicht brauchen können, haben wir jetzt schon zu viele.

MONEY: Im Deutschland der Willkommenskultur klingt das ziemlich brutal.

Raffelhüschen: Wir haben fast eine halbe Million arbeitsfähiger Hartz-IV-Empfänger in Deutschland. Und wir haben Stadtteile, wo 30 Prozent der Bevölkerung teilweise seit Generationen von staatlicher Unterstützung leben. Angesichts dieser Erfahrungen müssen wir gegensteuern.

MONEY: Aber was stört Sie an einer Willkommenskultur?

Raffelhüschen: Dass sie grenzenlos naiv ist. Ich kenne viele Einwanderungsländer. Da müssen wir doch das Rad nicht neu erfinden. Wer einmal in die USA gereist ist, weiß, wie US-Grenzpolizisten vorgehen. Das ist nicht angenehm. Aber die USA haben mit ihren festen Einwanderungsregeln seit vielen Jahrzehnten großen Erfolg. Wenn sich Deutschland als Vorbild in Sachen Willkommenskultur hinstellt, zeigt der Rest Europas von England über Dänemark bis zu Polen oder Ungarn Unverständnis. Nach dem Motto: Wir wollen diese Leute nicht. Wenn ihr sie einladet, müsst ihr auch zahlen.

MONEY: Höhere Steuern sind unvermeidbar, wenn …

Raffelhüschen: … die Konjunktur ins Stottern kommt.

MONEY: Was müsste jetzt sofort geschehen?

Raffelhüschen: Wir müssten zum einen eine europäische Lösung bei der Verteilung anstreben. Zum anderen müssen Flüchtlinge, die keinen Asylstatus bekommen, auch zügig abgeschoben werden. Und alle, die bleiben, müssen schnell in den Arbeitsmarkt kommen.

MONEY: Das kostet Geld. Rechnen Sie eher mit einer Steuererhöhung, zum Beispiel der Mehrwertsteuer, der Erhöhung von Beiträgen oder so etwas wie einem europaweiten Flüchtlings-Soli?

Raffelhüschen: Das ist eine rein politische Entscheidung. Aber da wir ja auf absehbare Zeit schon einen deutschen Soli haben, sind wir hier an der Obergrenze. Weitere Kompetenzen an Europa abzugeben, sehe ich auch skeptisch. Also: vielleicht die Mehrwertsteuer. ■ ▷

HANS SEDLMAIER

VITA

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen

Geboren am **7. Oktober 1957** in Niebüll/Nordfriesland, verheiratet, drei Kinder

1983 Dipl.-Volkswirt, FU Berlin

Seit **1995** Professor für Finanzwissenschaft u. Direktor des Forschungszentrums Generationenverträge, Universitäten Freiburg und Bergen (Norwegen)

STEUERRECHNUNG

4,5 Prozent mehr Einnahmen …

■ **braucht der Staat** bei 1,5 Millionen Zuwanderern laut einer Raffelhüschen-Studie für die Stiftung Marktwirtschaft 2008. Neue Zahlen dazu werden im November veröffentlicht.

■ **643,6 Milliarden Euro** betrugen die gesamten Steuereinnahmen in Deutschland im Jahr 2014.

■ **29 Milliarden Euro** (4,5 Prozent davon) würden demnach zusätzlich benötigt. Um diese Summe in die Kassen zu bekommen (und ohne die aktuellen Rekordsteuereinnahmen), müsste der Staat dafür zum Beispiel jeweils entweder:

■ **die Summe der Einnahmen aus der Lohn- und Einkommensteuer um 12,6 Prozent erhöhen** (beim Aufkommen von 231 Milliarden Euro im Jahr 2014) oder

■ **die Mehrwertsteuer von 19 auf 22,6 Prozent anheben** (+18,8 Prozent zu 154,2 Mrd. Euro im Jahr 2014) oder

■ **die Summe der Steuereinnahmen von den „Reichen" um 31,6 Prozent erhöhen** – bezogen auf die obersten zehn Prozent der zu versteuernden Einkommen (ab 69 582 Euro), die 55 Prozent der Einkommensteuer bezahlen.